

Bayerische Wirtschaftsnacht 2016

Die Zukunft braucht ein neues Fundament für
Wohlstand und Wachstum

Montag, 13.06.2016 um 18:00 Uhr

Ziegelei 101, Münchner Straße, 85737 Ismaning

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,
sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt,
meine sehr geehrten Damen und Herren
Staatsminister und Staatssekretäre,
sehr geehrte Damen und Herren
Fraktionsvorsitzende,
meine Damen und Herren Landtagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Sasse,
sehr geehrter Herr Wechsler,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
herzlich willkommen zur 9. Bayerischen
Wirtschaftsnacht der vbw.

Solides Fundament in Bayern

„Die Zukunft braucht ein solides Fundament für
Wohlstand und Wachstum“ – unter diesem Motto
steht der heutige Abend.

Wir in Bayern stehen zur Zeit auf solch' einem
soliden Fundament.

Die Konjunktur läuft im Großen und Ganzen weiter rund.

Nach einem guten Wachstum in Bayern von 2,1 Prozent im letzten Jahr erwarten wir für dieses Jahr 1,8 Prozent.

Und Bayern steht auch bei den Kennzahlen Wohlstand, Beschäftigung, Staatsfinanzen und Sicherheit im Ländervergleich hervorragend da.

Diese Performance auf nahezu allen Ebenen ist das Ergebnis harter Arbeit.

Sie zeigt: In Bayern verstehen wir unser Handwerk. Die Staatsregierung genauso wie die Wirtschaft.

Hier gilt das Motto: „Gemeinsam erfolgreich“.

Aber auch die Gesellschaft im Freistaat ist intakt! Was die Bürgerinnen und Bürger an Engagement bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms geleistet haben, verdient allergrößte Anerkennung.

Das gilt genauso für den großartigen Einsatz im Zusammenhang mit dem Hochwasser.

Das Fundament in Bayern ist also stabil und solide!

Richtig ist aber auch, dass wir uns nicht darauf ausruhen dürfen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen.

Und diese erfordern, dass wir das Fundament nicht nur Instand halten und pflegen, sondern weiter ausbauen.

Risiken sind gestiegen

Dazu brauchen wir eine Politik, die Gärtner und nicht Zaun ist für Wirtschaft, Wachstum und Fortschritt.

Denn die Risiken in Deutschland und weltweit sind größer geworden.

Angesichts vieler – vor allem internationaler Probleme – nehmen Unsicherheit und Skepsis auch bei uns zu.

Da sind zum einen die großen **geopolitischen Krisen**:

- Der Nahe Osten mit dem Krieg in Syrien,
- der Terrorismus sowie der
- Russland-Ukraine-Konflikt.

Und auch wenn der **Flüchtlingszustrom** aktuell nicht mehr so stark ist, so stellt er uns alle dauerhaft vor große Herausforderungen.

Zudem macht uns die prekäre Lage in **Europa** Sorgen:

- In der Flüchtlingsfrage herrscht weiterhin große Uneinigkeit.
- In 10 Tagen könnte Großbritannien mit einem Brexit der EU einen schweren Schlag versetzen.
- Das Drama um Griechenland geht weiter.
- Und die Europäische Zentralbank fährt einen riskanten Kurs, der den Reformdruck von den Krisenländern nimmt und der auch bei uns Vieles durcheinanderwirbelt – man denke nur die kapitalgedeckte Altersvorsorge.

Hinzu kommen die konjunkturellen und auch strukturellen Probleme in vielen **Schwellenländern**.

Ich nenne nur die wirtschaftliche Verlangsamung in China, die anhaltende Rezession in Brasilien und Russland, die Probleme in vielen Öl-

Förderländern und nicht zu vergessen die großen Schwierigkeiten in vielen Ländern Afrikas.

Risiken belasten bayrische Wirtschaft

Viele dieser Entwicklungen belasten nicht nur die bayerische Wirtschaft.

Die aktuell gute konjunkturelle Lage geht vor allem auf den privaten Verbrauch zurück, der von der guten Arbeitsmarktsituation und der niedrigen Inflation profitiert – und mit ihm die konsumnahen Wirtschaftsbereiche.

Die Industrie, also das Herz der bayerischen Wirtschaft, das für Wohlstand und Arbeitsplätze auch in vielen anderen Branchen sorgt, profitiert dagegen kaum vom boomenden Inlandskonsum.

Die Exporte, jahrelang der Vorzeigebereich der bayerischen Wirtschaft, entwickeln sich derzeit unterdurchschnittlich.

Investitionen und gesunkene Wettbewerbsfähigkeit

Unabhängig davon gibt es zwei weitere Entwicklungen, die unser Fundament für zukünftiges Wachstum und Wohlstand gefährden.

Erstens: Was die Investitionen angeht, so spielt für die Unternehmen die Musik längst im Ausland.

- Der Bestand an Direktinvestitionen der bayerischen Industrie im Ausland hat sich seit 2000 verdoppelt,
- Im Inland stiegen die Investitionen um lediglich 14 Prozent.

Und dieser Prozess wird sich den Unternehmensplänen zufolge fortsetzen.

Zweitens: Wir haben im Inland an Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Seit Jahren enteilen die Löhne in der Industrie der Produktivität.

Während die Tarifentgelte seit 2008 um 20 Prozent gestiegen sind, nahm die Produktivität gerade mal um zwei Prozent zu.

Im Schnitt haben unsere Konkurrenten um elf Prozent niedrigere Lohnstückkosten. Und das Fatale ist: Die Schere ist in den letzten Jahren weiter auseinandergegangen.

Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich auch beim neuesten Länderranking.

Demnach hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich verschlechtert.

Wir gehören damit nicht mehr zu den zehn wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

Das muss uns wachrütteln.

Wir brauchen bessere Standortfaktoren

Und das zeigt: Wir müssen unsere Standortfaktoren und unsere Rahmenbedingungen wieder verbessern und so das Fundament für künftiges Wachstum und künftigen Wohlstand stärken.

Was wir jetzt versäumen, wird in den nächsten Jahren doppelt und dreifach weh tun.

Was die Politik konkret tun muss, haben wir bereits 2013 in unserer **Agenda 2020** auf den Punkt gebracht.

Den entsprechenden Forderungskatalog haben wir seither geradezu gebetsmühlenhaft immer und immer wieder in die Öffentlichkeit getragen. Er ist aktueller denn je.

Kernpunkte sind:

- Eine leistungsfähige Infrastruktur – dazu gehören die Bereiche Verkehr, IT und Energie.
- Die Stärkung von Innovationen.
- Investitionen ins Bildungssystem – insbesondere in Bezug auf die Digitalisierung und eine weitere Senkung der Abbrecherquoten.
- Ein einfaches, leistungsgerechtes und international wettbewerbsfähiges Steuersystem und
- eine vernünftige und flexible Arbeitsmarktpolitik statt mehr Umverteilung.

Gerade beim letzten Punkt hat die große Koalition genau die falschen Weichenstellungen gesetzt.

Mindestlohn, Rente mit 63, Elterngeld plus und Frauenquote: Schwarz-Rot hat bisher vor allem die Belastungen für die Unternehmen erhöht.

Weitere kontraproduktive Vorhaben sind geplant, wie etwa das sogenannte **Entgeltgleichheitsgesetz** oder die **Lebensleistungsrente**.

Diese Politik setzt aufs Spiel, was wir uns mit der Agenda 2010 an internationaler

Wettbewerbsfähigkeit hart erarbeitet haben – und was dadurch an Arbeitsplätzen und Wohlstand entstanden ist.

Herr Ministerpräsident,

Ihnen gebührt das Verdienst, dass Sie sich gegen ein „Weiter-so“ der Politik der Bundesregierung gestemmt haben.

Der Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums zur Regulierung von **Zeitarbeit und Werkverträgen** war in der ursprünglichen Fassung ein Frontalangriff auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf den Arbeitsmarkt.

Sie haben mit Ihrem großen Einsatz viele Verbesserungen durchgesetzt und so dafür gesorgt, dass am Ende ein Kompromiss erreicht wurde, mit dem auch die bayerische Wirtschaft leben kann.

Und auch bei der Neuregelung der **Erbschaftsteuer** wurden auf Ihre Initiative hin wichtige Fortschritte erzielt, auch wenn wir uns einig sind, dass wir noch nicht am Ziel sind.

Wir wissen: Die Kuh, die gemolken werden soll, kann man nicht schlachten.

Rentendebatte

Sie haben zudem eine Debatte um die Zukunft der Altersvorsorge angestoßen und Reformvorschläge angekündigt.

Diesen Impuls begrüßen wir.

Dabei gilt:

Der demografische Wandel und der Anstieg der Lebenserwartung sind Fakten.

Und diese gilt es zu beachten.

Folgende Punkte sind uns wichtig:

- Bestes Mittel gegen Altersarmut ist eine dauerhaft gute wirtschaftliche Entwicklung.
Das führt zu einer höheren Beschäftigung, höheren Löhnen, einem höheren Beitragsaufkommen und langfristig auch zu höheren Renten.
- Wir dürfen unser auf drei Säulen basierendes Rentensystem nicht grundsätzlich in Frage stellen.

- In der gesetzlichen Rentenversicherung müssen wir am Ziel der Beitragssatzstabilität festhalten. Eine weitere Belastung des Faktors Arbeit ist nicht verkraftbar.

- Die Riester-Rente ist kein Misserfolg, nein, sie ist erfolgreich. Derzeit haben 16,5 Millionen Menschen einen Riester-Vertrag.

63 Prozent der Personen, die eine Riester-Förderung erhalten, haben ein Jahreseinkommen von unter 30.000 Euro. Die Zielgruppe wird also erreicht.

Die Riester-Rente muss allerdings optimiert werden, und sie muss einfacher werden.

Die Zulagen sind seit In-Kraft-Treten im Jahr 2002 nicht erhöht worden. Das muss angepasst werden.

- Wir haben eine weitverbreitete betriebliche Altersversorgung. Das kann man sicher ausbauen, aber das darf zu keiner Erhöhung der Arbeitskosten führen. Die betriebliche Altersversorgung muss auf Überzeugung beruhen und nicht auf Zwang.

- Und: Angesichts des demografischen Wandels und der steigenden Lebenserwartung muss die Frage nach der Lebensarbeitszeit neu gestellt werden.
- Das heißt,
 - zuallererst muss die Rente mit 67 tatsächlich umgesetzt,
 - die Rente mit 63 zurückgenommen
 - und ein längeres Arbeiten über 67 Jahre hinaus vereinfacht werden.

Infrastruktur

Meine Damen und Herren,

eine gut funktionierende Infrastruktur ist ein weiterer wichtiger Punkt der Agenda 2020.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat im März den Entwurf des neuen **Bundesverkehrswegeplans** vorgelegt.

Auch wenn noch viele Fragen offen sind:

Gut ist, dass alle Projekte jetzt klar priorisiert werden – und dass für Bayern einiges erreicht wurde.

Auch der Investitionshochlauf ist positiv.

Rund 300 Milliarden Euro Investitionen in den Aus- und Neubau von Verkehrswegen sind bis 2030 nötig.

Wir setzen darauf, dass jetzt endlich auch die PKW-Maut umgesetzt wird.

Und: Wir brauchen die dritte Startbahn am **Flughafen München**.

Der Bau darf auf keinen Fall scheitern.

Sollte es zu einem zweiten Bürgerentscheid kommen, dann wird sich die vbw mit ihren Mitgliedsverbänden stark engagieren und mithelfen, die Menschen von der Notwendigkeit und den positiven Wirkungen des Ausbaus zu überzeugen.

Besser wäre es allerdings, wir könnten darauf verzichten, denn das Risiko ist groß.

Der Flughafen bringt Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze in ganz Bayern.

Hier geht es auch um die Zukunftsfähigkeit des Freistaats!

Energiepolitik

Ebenfalls in den Bereich der Infrastruktur fällt für uns eine sichere und bezahlbare **Energieversorgung**.

Für das Hauptproblem der Energiewende, die hohen Strompreise, gibt es immer noch keine Lösung.

Wir sind weit von international wettbewerbsfähigen Strompreisen entfernt.

Sie sind bei uns mehr als doppelt so hoch wie in den USA und 50 Prozent höher als in Frankreich.

Das führt dazu, dass die Energiekosten zu einem immer größeren Standortproblem werden – mit entsprechenden Abwanderungstendenzen.

In einem ersten Schritt brauchen wir endlich eine Strompreisbremse.

Auch muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz grundlegend umstrukturiert werden, das Gesamtsystem stimmt nicht.

Es ist ein Subventionskarussell entstanden, das kaum mehr zu stoppen ist.

Dieser Alleingang in der EU ist nicht zielführend und kommt uns teuer zu stehen.

Was jetzt beschlossen worden ist, ist zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, der aber bei weitem nicht ausreicht.

Die Unternehmen brauchen endlich Planungssicherheit.

Zudem scheinen die Ziele „Energieeffizienz“ und „Klimaschutz“ inzwischen aus dem Fokus geraten zu sein.

Fest steht, dass wir mit den aktuellen Rahmenbedingungen die Klimaziele nicht erreichen werden.

Flüchtlingspolitik und Integration in Arbeit

Ein anderes herausforderndes und komplexes Thema – auch für uns als bayerische Wirtschaft – ist die Bewältigung der Flüchtlingsintegration.

Den im Freistaat herrschenden Zweiklang aus Realismus und konkreten Lösungen würde ich mir auch im Rest des Bundesgebiets wünschen.

Die bayerische Wirtschaft trägt ihren Teil zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bei.

Im Oktober 2015 haben wir zusammen mit der Staatsregierung, den Kammern und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit die Vereinbarung „IdA – Integration durch Ausbildung und Arbeit“ unterzeichnet.

Ziel ist es, bis Ende 2016 20.000 Flüchtlingen einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten und bis Ende 2019 60.000 Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir als vbw haben dafür bis Ende 2018 rund 6,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Am Ende hängt die erfolgreiche Integration aber auch davon ab, inwieweit es uns gelingt, weiteren Zustrom dauerhaft zu regulieren. Nur dann können wir uns angemessen um die Menschen kümmern, die bereits bei uns sind.

Dazu brauchen wir eine gemeinsame europäische Lösung.

Auch hier ist ein Alleingang nicht zielführend.

Gleichzeitig müssen in den Heimatländern der Asylsuchenden die Fluchtursachen bekämpft werden.

Die Wiedereinführung innereuropäischer Grenzkontrollen darf aber nur eine zeitlich begrenzte Notmaßnahme sein.

Die gegenwärtigen Grenzkontrollen sollten unbedingt optimiert werden – die Wartezeiten sind teilweise jetzt schon zu lang und die Ferienzeit kommt.

Langfristig gilt: Das Schengen-Abkommen muss erhalten bleiben.

Internationales: Russland + Iran

Die gute Zusammenarbeit von bayerischer Staatsregierung und bayerischer Wirtschaft zeigt sich auch bei internationalen Themen.

Wir sind dankbar, dass die Staatsregierung alles tut, die Beziehungen zu Russland, die durch die EU-Sanktionen stark gelitten haben, zu verbessern.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Reise nach Moskau war richtig und ein starkes Signal!

Russland ist ein wichtiger strategischer Partner, um gemeinsam globale Probleme zu lösen.

Wir brauchen den Dialog, wir brauchen gute Beziehungen – und keine Sanktionen.

Gute Beziehungen brauchen wir auch zum Iran.

Nach dem Wegfall der Sanktionen bietet der in allen Bereichen vorhandene Nachholbedarf des Landes ein enormes Potenzial für die bayerische Wirtschaft.

Wir freuen uns, dass wir durch unsere Aktivitäten im Iran – etwa durch die Eröffnung unserer Repräsentanz in Teheran – einen Beitrag leisten, der auch der Staatsregierung hilft.

Auch hier ziehen wir an einem Strang!

Zukunftsthemen: Zukunftsrat und Digitalisierung

Meine Damen und Herren,

bei allen aktuellen Problemen dürfen wir den Blick für die Zukunft nicht verlieren.

Unsere Unternehmen stehen vor einem Berg an Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Wir müssen die Chancen von Industrie 4.0 und Gesellschaft 4.0 nutzen, um unsere Standortvorteile zu sichern.

Sonst können wir uns die hohen Arbeitskosten noch weniger leisten. Wir alle sind gefordert.

Die Staatsregierung hat angekündigt: Der Freistaat soll das „Digital Valley“ Europas werden.

Dafür bringt Bayern die Grundvoraussetzungen mit.

Mit dem Programm „Bayern digital“ und dem „Zentrum Digitalisierung.Bayern“ sind wichtige Impulse gesetzt.

Auch beim **Breitband-Ausbau** hat der Freistaat in Deutschland die Vorreiterrolle eingenommen.

Das läuft jetzt gut! Im internationalen Vergleich haben wir allerdings noch viel Aufholbedarf. Ziel muss es sein, an die Spitze zu kommen.

Um Bayern fit für die digitale Zukunft zu machen, leisten auch wir unseren Beitrag.

Vor gut zwei Jahren haben wir den Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft ins Leben gerufen.

Wir freuen uns und danken Ihnen, Herr Seehofer, dass die bayerische Staatsregierung sich die Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats zu Eigen gemacht hat.

Denn klar ist: Die Digitalisierung reißt uns alle mit. Wenn es uns nicht gelingt, diese Mega-Herausforderung aktiv mitgestalten, dann ist unser solides Fundament früher oder später ernsthaft bedroht.

Hier gilt: Nicht der Große frisst den Kleinen, sondern der Schnelle den Langsamen!

Wir alle zusammen müssen hart dafür arbeiten, die großen Chancen der Digitalisierung in Wachstum und Wohlstand umzumünzen.

Denn das können nicht nur unsere Freunde auf der anderen Seite des Atlantiks.

Das können wir auch!

Und das werden wir auch!

Das aktuelle Leitthema des Zukunftsrats der bayerischen Wirtschaft ist der „Digitale Zukunftsentwurf“, also die Frage:

Welche Strategien braucht Bayern für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen der Digitalisierung?

Der erste Schwerpunkt liegt auf dem Thema „Big Data“, das sicher vielen ein Begriff ist.

Bei einem Kongress am 18. Juli wird der Zukunftsrat seine Handlungsempfehlungen für den erfolgreichen Einsatz von Big Data in Bayern vorstellen.

Wir hoffen, dass die Staatsregierung diese neuen Empfehlungen ebenso positiv aufnimmt wie beim letzten Mal.

Schluss

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir haben in der Vergangenheit stets vertrauensvoll und partnerschaftlich zusammengearbeitet.

Das hat Bayern, wie man an den Ergebnissen sieht, sehr gut getan – und darum werden wir von vielen Ländern beneidet!

Das sollten wir auch in Zukunft für unsere schönes Bayerns fortsetzen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.